

## **P-1-B Neue Perspektiven gegen alte Krisen**

Gremium: 2. Länderrat 2020  
Beschlussdatum: 26.07.2020  
Tagesordnungspunkt: P - Aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

1 Wir leben in einer krisenhaften Gesellschaft. Die letzten Wochen und Monate  
2 haben uns mehr als deutlich vor Augen geführt, was das bedeutet. Dabei hat  
3 Covid-19 ans Tageslicht gebracht, welche Konsequenzen die Versäumnisse der  
4 letzten Jahre haben. Die Verbreitung von Corona war dabei nicht die Ursache,  
5 sondern Katalysator der Krisen und Symptom der Verfassung unserer Gesellschaft  
6 zugleich. Die Gleichzeitigkeit der gegenwärtigen Krisen stellt uns vor komplexe  
7 Herausforderungen. Stärker als bisher ist nun offensichtlich geworden, dass wir  
8 es uns nicht leisten können, die Probleme, die unzählige Leben jetziger und  
9 zukünftiger Generationen bedrohen, aufzuschieben und uns mit kurzfristigen  
10 Schönheitsreparaturen zufrieden zu geben. Die Gesundheitskrise gefährdet nicht  
11 nur die medizinische Versorgung ganzer Gesellschaften, sondern offenbart auch  
12 die unbeständige Solidarität zwischen Nationen, für die wir weltweit wie in  
13 der Europäischen Union hart gekämpft haben. Die Wirtschaftskrise, unter deren  
14 Vorzeichen schon jetzt unzählige Existenzen bedroht sind, droht unsere  
15 Gesellschaft weiter und tiefer zu spalten als je zuvor. Der tief in unserer  
16 Gesellschaft verankerte Rassismus wirkt als Verstärker bestehender und Erzeuger  
17 neuer Ungleichheitsmechanismen.

18 Dass wir nun mit diesen Krisen umgehen müssen, sollte niemanden überraschen.  
19 Sie zeigen keine neuen Probleme. Sie sind der Ausdruck einer krisenhaft  
20 angelegten Gesellschaft, deren Mechanismen sich in existenzbedrohender  
21 Ungerechtigkeit zeigen und in unzulänglichen (Ab)Sicherungssystemen  
22 manifestieren.

23 Diese Krisen sind im System angelegt. Krisen sind längst keine kurzfristigen  
24 Ereignisse mehr, die sich mit einzelnen Maßnahmen lösen lassen. Sie sind zum  
25 traurigen Normalzustand geworden, über den zu häufig hinweggesehen wird. Doch  
26 das muss nicht so bleiben. Um diese Krisen wirklich anzugehen und eine bessere  
27 Welt zu erkämpfen, müssen unsere Lösungen an der Wurzel ansetzen:  
28 Systembedingte Probleme brauchen systemverändernde Lösungen!

29 Wir sehen auch unzählige Menschen, die das erkannt haben. Aktivist\*innen  
30 verschiedener Bewegungen schließen sich zusammen und organisieren sich im Kampf  
31 für Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft. Gemeinsam stehen wir für  
32 solidarische Wege aus der Krise, die dort ansetzen, wo es notwendig ist. Wir  
33 schaffen neue Perspektiven gegen alte Krisen!

34 **Fight Every Crisis: Klima in der Krise**

35 Starke Momente der Organisierung von Aktivist\*innen haben wir in den letzten  
36 Jahren im Kampf gegen die Klimakrise erlebt. Ganze Gesellschaften sind weltweit  
37 auf die Straße gegangen um globale Klimagerechtigkeit und das Recht auf Zukunft  
38 einzufordern. Neben Überschwemmungen, Hitzesommern und Dürreperioden als  
39 direkte Konsequenzen erhöhter Durchschnittstemperaturen steigt auch das  
40 Auftreten von Infektionskrankheiten durch gestörte Ökosysteme mit geringer  
41 Biodiversität: Covid-19 hat erneut gezeigt, welche Auswirkungen der Raubbau an  
42 der Natur für uns haben kann. Um hier entgegenzuwirken, müssen Maßnahmen Hand  
43 in Hand gehen: Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken in der Landwirtschaft,  
44 das die Produktion guter Nahrung unter guten Bedingungen im Rahmen planetarer  
45 Grenzen sicherstellt. Ökosysteme brauchen Platz! Das Eindämmen des  
46 Flächenverbrauchs, der konsequente Kampf gegen vor Umweltverschmutzung und der  
47 strenge Schutz von großen und zusammenhängenden Naturschutzgebieten stellt das  
48 sicher.

49 Effektiver und konsequenter Natur- und Artenschutz ist unsere Existenzbedingung  
50 und muss auch als solche behandelt werden.

51 Um der Klimakrise wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, fordern wir seit Langem  
52 weltweit das effektive und gezielte Handeln der Regierungen ein. Covid-19 hat  
53 gezeigt, dass dies nicht unmöglich ist. Gemeinsam mit Virolog\*innen,  
54 Gesundheitsexpert\*innen, den Bundesländern und der Opposition wurden nationale  
55 Maßnahmen und Krisenpläne binnen einer Woche aufgestellt und verabschiedet.  
56 Sogar die Schwarze Null wurde über Bord geworfen, um die Konsequenzen der  
57 Pandemie einzudämmen. Auch die Klimakrise muss als politische Krise ernst  
58 genommen und als solche behandelt werden. Das Eindämmen der Klimakrise erfordert  
59 noch tiefgreifendere Veränderungen – doch sie trifft uns auch weniger  
60 unerwartet. Sie zu bewältigen erfordert ein hohes Maß an demokratischer  
61 Teilhabe: Demokratie bedeutet, dass Menschen über die sie betreffenden Umstände  
62 selbst mitentscheiden können. Eine klimaneutrale Gesellschaft kann nicht einfach  
63 von oben verordnet werden. Sie zu erreichen, ist ein komplexer  
64 Aushandlungsprozess, in dem zentrale und dezentrale Initiativen Hand in Hand  
65 gehen müssen. Wir brauchen partizipative Räume, wie bspw. Bevölkerungsräte, um  
66 staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln zusammen zu bringen.

67 Die Krisen unserer Zeit hängen zusammen: Ihre strukturellen Ursachen gleichen  
68 sich. Sie müssen gemeinsam und konsequent bekämpft werden. Der Weg aus der  
69 Krise kann nur durch systematische Lösungen gelingen.

### 70 **Klatschen zahlt keine Miete: Gesundheit in der** 71 **Krise!**

72 Covid-19 hat unsere Gesundheitssysteme weltweit auf den Prüfstand gestellt. Wir  
73 konnten deutlich sehen, dass sie den Anforderungen nicht gewachsen sind. Dabei  
74 haben wir beobachtet, wie die von der europäischen Austeritätspolitik  
75 gebeutelten Gesundheitssysteme in Südeuropa besonders hart getroffen wurden.  
76 Die Folgen sind verheerend und zeigen uns unmissverständlich, dass die  
77 Ökonomisierung von Gesundheitssystemen tödlich ist. Doch auch in Deutschland  
78 wurde das Gesundheitssystem systematisch kaputtgespart. Die Umsetzung von  
79 Profitlogiken im Gesundheitsbereich zeigt sich auch hier im Abbau von Betten und  
80 der seit Jahren anhaltenden Pflegekrise. Die Bedürfnisse von Patient\*innen und  
81 Pfleger\*innen sind weit in den Hintergrund gerückt. Die Corona-Pandemie hat

82 jedoch verschärft gezeigt, wie wichtig sie sind, wenn wir besonders auf eine  
83 funktionierende Gesundheitsversorgung angewiesen sind.

84 Die Wertschätzung der Arbeit von Pfleger\*innen wurde vor allem durch abendlichen  
85 Applaus sichtbar. Der angekündigte Pflegebonus sollte sie – zumindest einmalig –  
86 auch auf dem Lohnzettel abbilden. Dass dieser nun ausschließlich einer kleinen  
87 Gruppe der Beschäftigten zu Gute kommen soll, ist weder angesichts der hohen  
88 alltäglichen Arbeitsbelastung, noch als Ausdruck der Wertschätzung im Rahmen der  
89 Krise angemessen. Ein flächendeckender Bonus von 1.500 € für alle  
90 gesellschaftsrelevanten Berufe wäre ein erster guter Schritt zu angemessener  
91 Wertschätzung und Bezahlung. Doch es geht um mehr als einmalige Boni: Um unser  
92 Gesundheitssystem zu sichern, müssen sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege  
93 endlich verbessern und endlich ein fairer Tariflohn für die Pflege her!

94 Die Gesundheitsversorgung hat die bestmögliche Versorgung von Patient\*innen zum  
95 Zweck. Ein Vergütungssystem, das sich nach Fallpauschalen richtet, zwingt aber  
96 zur Orientierung am Erlös statt an der Patientin. Für eine gute  
97 Gesundheitsversorgung muss sich die Finanzierung nach dem Bedarf richten, nicht  
98 nach der Zahl der Fälle.

99 Gesundheit ist keine Ware und die Gesundheitsversorgung von Menschen darf nicht  
100 als solche behandelt werden. Unsere Gesundheit ist mehr wert als die Profite  
101 einzelner!

102  
103 Die Pandemie hat einen weiteres Konfliktfeld in den Mittelpunkt gerückt:  
104 Öffentlicher Raum muss neu aufgeteilt werden. Mehr Platz für nachhaltige  
105 Mobilität, Außengastronomie und öffentlichen Raum für Begegnung und Freizeit  
106 schützt die Gesundheit nicht nur in der Corona-Krise: Wenn Autos ersetzt und  
107 Luft- und Lärmverschmutzung reduziert werden, steigt die Lebensqualität auch  
108 nach der Krise dauerhaft. Die aufgrund der Pandemie nötigen Veränderungen müssen  
109 jetzt genutzt werden, um auch langfristig den öffentlichen Raum in den Städten  
110 gerecht zu verteilen!

111 Durch die globale Bedrohung ist allerdings auch noch eine weitere Wahrheit  
112 deutlich geworden. Nicht nur unsere Gesundheitsversorgung, auch die Solidarität  
113 zwischen Ländern weltweit und in der Europäischen Union steht auf wackeligen  
114 Füßen: Die Gesundheitskrise ist auch zur Solidaritätskrise geworden. Die erste  
115 Antwort der europäischen Nationalstaaten waren Grenzsicherungen und  
116 Exportstopps für überlebenswichtige Güter. Doch eine globale Krise lässt sich  
117 nicht mit Nationalismus lösen! Was wir brauchen, sind gemeinschaftliche  
118 Lösungen, von denen alle profitieren. Im global angelegten Wettstreit um  
119 Wachstumsraten und Exportrekorde ist Solidarität nicht angelegt. An diesen  
120 Grundsätzen müssen wir rütteln, wenn wir gemeinsam erzeugte und erlebte Krisen  
121 nicht auf dem Rücken Schwächerer austragen wollen. Bedingungslose Finanzhilfen  
122 und die koordinierte Produktion und Verteilung von medizinischer Ausrüstung und  
123 Medikamenten öffnen Perspektiven für eine andere Form globaler Kooperation.  
124 Weltweite Solidarität muss der Wegweiser für eine universale Krisenbekämpfung  
125 sein!

126 **Ein Rettungsschirm für die Menschen:**  
127 **Wirtschaftskrise auffangen!**

128 Das Konjunkturpaket der Bundesregierung soll die Wirtschaft aus der Krise  
129 bringen. Doch die 130 Milliarden Euro versprechen für die meisten hier lebenden  
130 Menschen keine ausreichende Verbesserung und Absicherung. Denn die  
131 Wirtschaftskrise trifft nicht alle gleich: Die finanzielle Last tragen zur Zeit  
132 vor allem die, die auch schon vor der Krise mit Existenznot gelebt haben.  
133 Während Manager\*innen noch immer hohe Summen einstreichen, leben etliche  
134 Beschäftigte in Kurzarbeit mit Gehältern, die kaum zum Leben reichen. Die  
135 Refinanzierung dieser Hilfen über Steuergelder und öffentliche Einnahmen trifft  
136 wiederum Geringverdiener\*innen am Stärksten. Wir brauchen ein progressives  
137 Refinanzierungsmodell und eine klare Zweckbestimmung der Gelder – nur so können  
138 sie uns aus der Krise helfen!

139 Schon die ersten Wochen nach den Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben  
140 uns gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen: Die Arbeitslosigkeitsraten  
141 steigen, tausende Beschäftigte sind in Kurzarbeit und können von diesem Lohn nur  
142 mühsam leben. Prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse erleben während der  
143 Krise einen traurigen Aufschwung. Investitionen in die Rettung von Unternehmen  
144 sind wichtig, um kurzfristig Arbeitsplätze zu erhalten und so zahlreiche  
145 Existenzen zu sichern. Dabei müssen wir dennoch vor allem diejenigen  
146 berücksichtigen, die schon zu oft durch das Raster gefallen sind. Eine sofortige  
147 Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um 200 € und eine allgemeine Krisengrundsicherung  
148 schützen Existenzen vor der gestiegenen finanziellen Belastung und Unsicherheit.

149 Auch junge Menschen und ihre Zukunftspläne sind stark von der Wirtschaftskrise  
150 getroffen. Sie wissen nicht, wie es in Ihren Betrieben weiter geht oder wie sie  
151 ihren Lebensunterhalt ohne Nebenjob finanzieren sollen. Das Lernen in der  
152 Ausbildung oder an der Universität sollte hier im Fokus stehen. Kurzarbeit und  
153 Existenzängste sind dabei nur hinderlich. Hier sind unbürokratische Lösungen  
154 notwendig: Die Öffnung der BAföG-Förderung und die Erhöhung der BAföG Sätze für  
155 Student\*innen sowie die direkte Unterstützung Auszubildender sind längst  
156 überfällig.

157  
158 Die entstehende Kluft zwischen geringerem Einkommen und gleichbleibender hoher  
159 Miete führt bei vielen dazu, dass bereits in jungem Alter Schulden aufgenommen  
160 werden müssen. Nach Auslaufen des Mietmoratoriums und des Kündigungsverbots ist  
161 politisches Handeln umso dringender. Als direkte Maßnahme braucht es eine  
162 Verlängerung des Mietmoratoriums, einen Erlass von coronabedingten Mietschulden  
163 und eine Anpassung der Mietpauschalen in BaföG und Grundsicherung. Für uns ist  
164 klar: Wohnen ist ein Menschenrecht! Jedem Menschen steht das Recht auf ein Dach  
165 über dem Kopf zu – unabhängig vom Geldbeutel. Um dieses Recht gewährleisten zu  
166 können, darf Wohnraum nicht der Profitmaximierung ausgesetzt sein, muss der  
167 Wohnungsbau in die öffentliche Hand gebracht werden und dem Gemeinwohl  
168 verpflichtet werden.

169 Die Krise zeigt uns jedoch auch, dass eine Existenzsicherung nicht an Lohnarbeit  
170 geknüpft sein darf und Investitionen vor allem auch in belastbare und  
171 verlässliche Sicherungssysteme getätigt werden müssen.

172 Wir müssen diese Krise gemeinsam meistern und dabei gleichzeitig bestehende  
173 Einkommens- und Vermögensungleichheiten abbauen. Ihre Bewältigung darf nicht  
174 auf dem Rücken derer ausgetragen werden, die im bestehenden System durch  
175 neoliberale Marktmechanismen in die Armut gedrängt werden. Was wir jetzt  
176 brauchen, sind Investitionsmaßnahmen, die uns als Gesellschaft näher zusammen  
177 bringen und nicht die Konfliktlinien zwischen Generationen oder marginalisierten

178 Gesellschaftsgruppen aufreißen.

179 Die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung werden diesem Anspruch nicht  
180 gerecht. Es fehlt an progressiven Umverteilungsmechanismen, die der sozialen  
181 Spaltung unserer Gesellschaft auch langfristig entgegenwirken können. Wir  
182 brauchen endlich eine Grundsicherung, die den Menschen in seiner Würde und  
183 seinen Möglichkeiten nicht einschränkt – sanktionslos und mit genügend  
184 Absicherung für soziale Teilhabe. Investitionspakete müssen an diesem Anspruch  
185 gemessen werden. Nur der sozial-ökologische Umbau unserer Wirtschaft kann uns  
186 aus der Krise führen!

187 **Gesellschaft in der Krise: Solidarität,**  
188 **Zusammenhalt und Antirassismus**

189 Krisen befeuern die gesellschaftliche Spaltung mit populistischen Erzählungen.  
190 Dies zeigt sich beispielsweise in den selbsternannten „Hygiene“-Demonstrationen,  
191 die besonders stark von antisemitischen Ideologien und Verschwörungsmythen  
192 geprägt sind. Statt einer sachlichen Auseinandersetzung über sinnvolle und  
193 effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden hier vermeintliche  
194 Schuldige ausgemacht und jahrhundertalte Mythen wieder belebt. Insbesondere  
195 Akteur\*innen der Neuen Rechten versuchen aus diesem Demonstrationen politisches  
196 Kapital zu schlagen. Doch die Sicherheitsbehörden zeigen derzeit in einigen  
197 Fällen ein ausgeprägtes Nicht-Handeln. Attila Hildmann beispielsweise konnte auf  
198 offener Bühne Morddrohungen gegen Volker Beck aussprechen, ohne dass die Polizei  
199 eingeschritten wäre. Durch dieses Wegschauen wird die extreme Rechte in ihrem  
200 Handeln bestärkt statt in die Schranken gewiesen! Wir stellen uns daher  
201 entschlossen gegen diese Akteur\*innen und fordern konsequentes Handeln gegen  
202 rechte Strukturen ein. Menschenfeindliche Ideologien können niemals den Weg aus  
203 der Krise weisen! Ein Effekt jeder Krise ist die gesellschaftliche  
204 Verunsicherung. Damit diese Verunsicherung Hass, Diskriminierung und  
205 Ausschließung nicht noch weiter verstärkt, brauchen wir eine effektive Sicherung  
206 von Existenzen, transparente Entscheidungsfindung und die Weitergabe von  
207 Informationen auf Augenhöhe.

208 In der Krise zeigen sich Symptome des seit Jahren voranschreitenden autoritären  
209 Umbaus in Europa und weltweit. Wir sind uns bewusst, dass Krisenzeiten diese  
210 Entwicklungen begünstigen können. Daher muss unsere Antwort auf die Krise immer  
211 von Solidarität geleitet sein. In aller Deutlichkeit solidarisieren wir uns als  
212 Grüne Jugend mit der Black Lives Matter-Bewegung und den weltweit stattfindenden  
213 Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. Der Mord an George Floyd hat eine  
214 dringend notwendige Debatte über strukturellen und institutionalisierten  
215 Rassismus ausgelöst – weit über die USA hinaus. Diese tief verankerten Rassismen  
216 müssen wir auch in Deutschland mit aller Entschlossenheit bekämpfen.

217 Da derzeit aufgrund der Infektionsgefahr viele Bars und Clubs geschlossen sind,  
218 treffen sich junge Menschen vermehrt im öffentlichen Raum. Dort werden sie  
219 jedoch, auch abseits von Verstößen gegen die Hygieneregeln, zuletzt immer  
220 häufiger von Polizei und Ordnungsämtern verdrängt. Junge Menschen brauchen Räume  
221 in der Öffentlichkeit. Die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum trifft häufig  
222 besonders die Menschen, die durch Konsumzwang oder rassistische Zuschreibungen  
223 ausgeschlossen werden. Menschen brauchen Freiräume; in einer Zeit, in der ein  
224 Treffen draußen viel sicherer ist, gilt das erst recht! Wir sprechen uns

225 deswegen gegen die Verdrängung junger Menschen aus dem öffentlichen Raum aus.  
226 Darüber hinaus gab es in den letzten Wochen beim Auftreten von Kriminalität und  
227 Verstößen gegen Hygienemaßnahmen immer wieder den Versuch, diese zu ethnisieren  
228 und der migrantischen Community eine allgemein größere Neigung zu Kriminalität  
229 zuzuschreiben. Die Grüne Jugend verurteilt diese rassistischen Zuschreibungen  
230 und fordert alle Sicherheitsbehörden auf, solche Handlungen zu unterlassen.

231 Die Debatte in Deutschland und Europa darf nicht mit warmen Worten enden,  
232 sondern muss in tiefgreifenden Veränderungen münden. Insbesondere in der  
233 gegenwärtigen Asylpolitik, unzulänglichen sozialpolitischen Maßnahmen und den  
234 Sicherheitsbehörden wird der strukturelle und institutionalisierte Rassismus  
235 deutlich. Statt reflexartig die deutsche Polizei von Rassismus frei zu sprechen,  
236 brauchen wir eine ehrliche und umfassende Analyse über herrschende rassistische  
237 Strukturen und Praktiken. Die Skandale der letzten Monate in deutschen  
238 Sicherheitsbehörden wie das rechtsextreme Netzwerk Hannibal, der NSU 2.0 und die  
239 zahlreichen Opfer deutscher Polizeigewalt machen dies nur allzu deutlich.

240 Die gesellschaftliche Debatte über Ausgrenzung und Rassismus muss sich in allen  
241 staatlichen Institutionen und dem Sicherheitsapparat manifestieren. Eine  
242 umfassende Reform der Polizei beinhaltet unter Anderem die anonyme  
243 Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten, externe Ermittlungs- und  
244 Beschwerdestellen durch unabhängige Polizeibeauftragte sowie die  
245 Entmilitarisierung und rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen. Nur durch  
246 eine neue Fehlerkultur und die vertiefte Ausbildung zu Deeskalationsstrategien  
247 und Antirassismus kann der gefährliche Korpsgeist der Polizei gebrochen werden.

248 Als Ideologie der Ungleichheit legitimiert Rassismus auch soziale Unterschiede  
249 in unserer Gesellschaft. Hier müssen wir das Problem an der Wurzel packen:  
250 Historisch erzeugte soziale und finanzielle Benachteiligungen müssen abgebaut  
251 und ausgeglichen werden. Eine mutige Sozialpolitik, die Vielfalt und Teilhabe  
252 fördert, ist unerlässlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Sie  
253 muss Baustein einer antirassistischen Politik sein.

254 Seite an Seite kämpfen wir gegen rassistische Strukturen und rassistisches  
255 Gedankengut. Dieser Kampf muss ernst genommen werden. Nur durch konsequentes und  
256 ehrliches Handeln können wir den Rassismus überwinden. Was wir brauchen, sind  
257 Lösungen, die Sicherheit, soziale und demokratische Teilhabe für alle  
258 garantieren und in die alle gleichermaßen vertrauen können!

## 259 **Neue Perspektiven gegen alte Krisen**

260 Die Wege aus der Krise müssen zu einem selbstbestimmten Leben in Freiheit und  
261 Würde für alle Menschen führen. An diesem Ziel müssen sich auch die  
262 Maßnahmen der Krisenbekämpfung orientieren.

263 Die öffentliche Debatte über die strukturellen Ursachen der Krisen wird noch  
264 zu wenig geführt. Dennoch sind ihre Anfänge eine Chance, um echte  
265 Veränderungen auf den Weg zu bringen. Dieses Handlungsfenster müssen wir  
266 nutzen, wenn wir gestärkt aus der Krise hervorgehen wollen. Resilienz und  
267 Solidarität müssen dabei die Wegweiser für eine effektive Krisenpolitik sein.

268 Wir stellen uns gemeinsam den komplexen Herausforderungen unserer Zeit. Als  
269 Organisation und Teil einer weltweiten Bewegung für tiefgreifende  
270 Veränderungen bringen wir die Kämpfe zusammen, die zusammen gehören. Es wird  
271 Zeit für neue Lösungen!